



Barthle-Brief

Nr. 54

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

30.5.2008

Thema der Woche:

SPD will rot-rotes Bündnis im Bund **Führungsschwäche innerhalb der SPD belastet die Koalition**

Die Ereignisse der vergangenen Woche zeigen: Die SPD lässt sich immer stärker von der Linkspartei treiben, getroffene Absprachen und Zusagen gelten offensichtlich nicht mehr. So hat die SPD der Führung der Unionsfraktion zu Beginn der letzten Woche mitgeteilt, dass sie die gemeinsam vereinbarte Diätenanpassung in ihrer Fraktion nicht umsetzen kann. Dies hat zu Enttäuschung und Verärgerung geführt, da es nicht akzeptabel ist, dass die Führung der SPD-Bundestagsfraktion mehrfach die getroffene Entscheidung bestätigt, gleichzeitig aber die SPD-Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen auf Oppositionskurs gehen, während Unionspolitiker in ihren Wahlkreisen zu den getroffenen Entscheidungen stehen und für sie werben.

Auch das Verhalten bei der Wiederwahl des Bundespräsidenten zeigt die Führungsschwäche innerhalb der SPD. Statt als Regierungspartei gemeinsam mit uns den beliebten und erfolgreichen Bundespräsidenten Horst Köhler wiederzuwählen, haben sich die Sozialdemokraten nach langem Hin und Her entschlossen, eine eigene Kandidatin zu nominieren. Diese hat bereits angekündigt, dass sie auf eine Unterstützung der Linkspartei setzt. Die SPD bereitet damit nicht nur ein rot-rotes Bündnis im Bund vor und setzt sich in Widerspruch zu früheren Äußerungen ihrer führenden Repräsentanten. Aus reiner Parteipolitik und Machttaktik stellt sich die SPD auch gegen die große Mehrheit der Bevölkerung, der sie den beliebten und geachteten Bundespräsidenten nehmen will. Nach einer aktuellen Umfrage begrüßen rund drei Viertel der Deutschen eine Wiederwahl des Bundespräsidenten, 85 Prozent sind zufrieden mit seiner Arbeit. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion freuen uns, dass Bundespräsident Köhler für eine zweite Amtszeit zur Verfügung steht, und sichern ihm unsere volle Unterstützung zu.

Das beschriebene Verhalten der SPD-Fraktionsführung und die Nominierung einer eigenen Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten belasten die Koalition in erheblicher Weise. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erwarten jedoch mit Recht, dass die Politiker sie in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen und nicht sich selbst. Auch wenn die Umstände mit unserem Koalitionspartner deutlich schwieriger geworden sind, wollen wir unser Land anständig regieren und die begonnenen Projekte zu Ende führen. Daher wollen wir am Ziel des ausgeglichenen Haushalts festhalten: Die erfolgreiche Haushaltskonsolidierung trägt die Handschrift der Union. Zum ersten Mal seit fünf Jahren haben wir 2007 wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorgelegt. Wir haben die Neuverschuldung auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung gesenkt. Wir müssen nun Kurs halten und diese erfolgreiche Politik fortsetzen, damit wir 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Klar ist auch: Sobald wie möglich müssen wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Das darf jedoch nicht zu Lasten der Haushaltskonsolidierung gehen. Schon heute betragen die jährlichen Zinszahlungen des Bundes rund 40 Milliarden Euro. Geld, das für zukunftsweisende Investitionen und Steuersenkungen fehlt. Wir dürfen unsere finanziellen Spielräume nicht weiter einengen und unseren Kindern nicht noch höhere Belastungen auferlegen. Entlastungen, die die kommenden Generationen belasten, sind deshalb der falsche Weg.

Auch unsere Beschäftigungspolitik werden wir fortsetzen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit unserer Regierungsübernahme gibt uns Recht: von 2005 bis heute wurden knapp eine Million sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Mit der Union geht es Deutschland einfach besser!

60 Jahre Israel

In dieser Woche würdigten wir mit der Debatte „60 Jahre Israel“ das Jubiläum des Staates Israel. Unser Ziel ist es, die Beziehungen zu Israel, die immer besondere Beziehungen sein werden, auszubauen und zu intensivieren. Ausdruck der besonderen Verantwortung Deutschlands ist auch unser Eintreten für das Existenzrecht Israels und unsere Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konflikts, um einen dauerhaften Frieden zwischen Israel, dem palästinensischen Volk und den anderen Nachbarn in der Region zu erreichen.

Kontroverse über Kleinstkredite

Wir debattierten in dieser Woche über die Mitteilung der Kommission „Eine europäische Initiative zur Entwicklung von Kleinstkrediten für mehr Wachstum und Beschäftigung“. Die EU-Kommission beabsichtigt, eine neue Einrichtung mit Fachpersonal beim Europäischen Investitionsfonds aufzubauen, die die Mitgliedstaaten bei der technischen Entwicklung bankfremder Mikro-Institute unterstützen soll. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie richtet sich gegen eine derartige neue Einrichtung, da es sich um eine unangemessene Erweiterung der schon umfangreichen EU-Zuständigkeiten handele. Den osteuropäischen Mitgliedsländern solle vielmehr politische Unterstützung für den Aufbau spezieller Mikro-Finanzinstitute auf der Grundlage von Länderpartnerschaften zuteil werden. Dies entspreche dem Grundsatz der Subsidiarität.

Betreuung für Kinder unter drei Jahren

In dieser Woche stand in erster Lesung das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) zur Debatte an, in dessen Zentrum der Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren steht. Ziel ist ein Betreuungsangebot für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren zu erreichen. Ab 1. August 2013 wird ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr eingeführt. Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Tageseinrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt werden. Der Bund beteiligt sich in einem ersten Schritt mit vier Milliarden

Euro zu einem Drittel an den Ausbaukosten. In einem zweiten Schritt erhalten die Länder im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung für die Jahre 2009 bis 2013 insgesamt 1,85 Milliarden Euro sowie im Anschluss daran jährlich 770 Millionen Euro als Entlastung für die Finanzierung der Betriebskosten.

Reform der gesetzlichen Unfallversicherung

Mit dem in erster Lesung debattierten Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz (UVMG) erfolgt eine umfassende Organisationsreform der gesetzlichen Unfallversicherung. Die Organisationsstrukturen werden an die veränderten Wirtschaftsstrukturen angepasst und die Verwaltungsstrukturen modernisiert. Hierzu wird die Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften auf neun, die Zahl der landesunmittelbaren Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand auf einen Träger je Land reduziert. Zwischen den gewerblichen Berufsgenossenschaften wird die Lastenverteilung unter Berücksichtigung des in den vergangenen Jahren eingetretenen Strukturwandels neu gestaltet. Damit wollen wir die solidarische Lastentragung stärken und zugleich die Europafestigkeit der gesetzlichen Unfallversicherung sichern.

Zukunft der Bahn – Bahn der Zukunft

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD „Zukunft der Bahn, Bahn der Zukunft – Die Bahnreform weiterentwickeln“ bekräftigten wir in dieser Woche, dass das sogenannte Holdingmodell ein Weg in die richtige Richtung zur Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn ist. Die DB AG bleibt danach vollständig im Eigentum des Bundes. An den zusammengefassten Verkehrs- und Logistikunternehmen werden Dritte beteiligt. Einer gesetzlichen Änderung bedarf es hierfür allerdings nicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Organisationsstruktur umzusetzen.

Zitat

„Wenn die SPD der Ansicht ist, dass Frau Schwan so toll ist, dann soll sie sie doch zur Kanzlerkandidatin nominieren – das würde einige andere Probleme der deutschen Sozialdemokratie wahrscheinlich gleich mitlösen.“
(FDP-Generalsekretär Dirk Niebel am 26.5. in Berlin über die SPD-Kandidatin für das Bundespräsidentenamt)